

# VORFRAGEN

MARXISTISCHE ZEITUNG FÜR SPD, JUSO UND GEWERKSCHAFT

Nr. 54

Dezember 81 / Januar 82

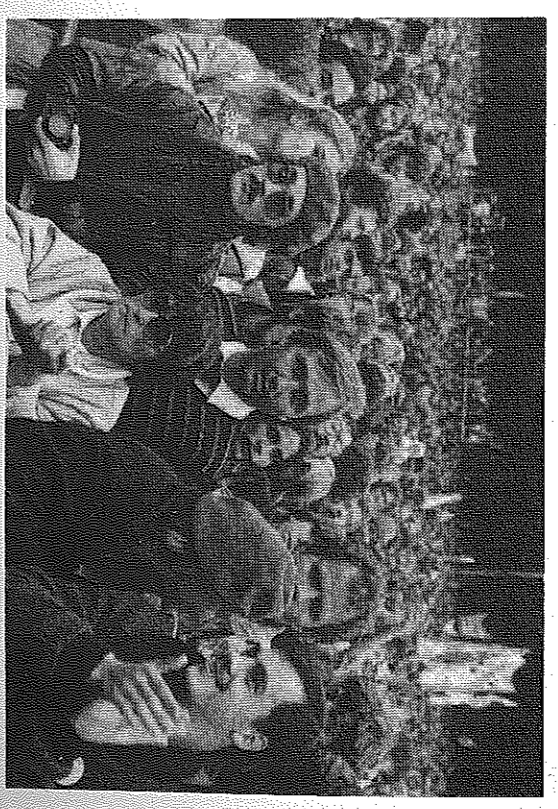
Preis: 80 Pfg. Solidaritätspreis: 1,20 DM

IN DEN GEWERKSCHAFTEN REGT SICH

## WIDERSTAND GEGEN

# SOZIALABBAU!

## BONN: 300.000 DEMONSTRIEREN



Es ist wieder so weit: 1,5 Millionen Arbeitslose in diesem Winter. Rechnet man die nicht erfaßten Hausfrauen, die arbeitslosen Schulabgänger und die wieder abgereisten ausländischen Kollegen hinzu, dann sind es gut zwei Millionen Arbeitslose. Rekordjahr 1981: 12.000 Firmenpleiten! Massenentlassungen und Kurzarbeit überziehen das Land. Viele, die noch eine Anstellung haben, blicken sorgenvoll in die Zukunft. Die Angst um Arbeitsplatz

und Lebensstandard belastet Millionen Arbeiterfamilien. Die Bonner Sparbeschlüsse treffen uns hart: 1982 kommt auf die Arbeitnehmer eine Belastung von 11 Milliarden DM zu, für die Unternehmen und Selbständigen sind es aber nur knapp 700 Millionen DM! Im Zeitraum von 1982 bis 1985 sollen die Arbeitnehmer um über 48 Milliarden DM belastet, die Unternehmen und Selbst-

ständige jedoch um fast 3 Milliarden DM begünstigt werden. Die Kapitalisten wollen noch mehr. Ihre Partei, die CDU/CSU, fordert noch schärfere Einsparungen. Die soziale Demontage dürfte 1982 verstärkt weitergehen. Helmut Schmidt hat immer vom "engmaschigen Netz" sozialer Sicherheit gesprochen. Doch jetzt wird dieses Netz wieder aufgeknüpft. Die Wirtschaftskrise, Steuererhöhungen und Arbeits-

Das kapitalistische System hat versagt. Es kann uns jetzt nicht einmal die Mindestanforderungen an ein menschenwürdiges Leben erfüllen. Machen wir die Kapitalisten arbeitslos! Muten wir ihnen einmal die unsozialen Kürzungen zu! Kämpfen wir für die Überführung der Großkonzerne, Banken und Versicherungen in Gemeineigentum! Für demokratische Arbeiterkontrolle und Arbeiterverwaltung! Für die sozialistische Demokratie!

### Metaller fordern:

1. Lebensjahr Abstriche an der Lohnerhöhung hinzunehmen. Die anwesenden Vertrauenskörper in der Verwaltungsstelle Kassel zur
2. ordentlichen Vertreter-
3. Die anwesenden Vertrauensleute forderten den Vorstand der IG Metall mehrmals auf, Widerstand zu leisten gegen die Pläne der Bundesregierung, die von den Arbeitern erkämpften sozialen Errungenschaften abzubauen. Sie waren sich einstimmig darüber einig, daß eine Sparpolitik, die nur den Interessen der Großkonzerne dienlich ist, mit dem entschiedensten Widerstand der Arbeitnehmer und der Kampfkraft ihrer gewerkschaftlichen Organisationen zu rechnen hat.

Am 31. Oktober 1981 trafen sich die Vertreter der gewerkschaftlichen Vertrauenskörper in der Verwaltungsstelle Kassel zur 3. ordentlichen Vertreter-

Monat	Anstieg in %
Mai '81	5,6
Juni '81	5,5
Juli '81	5,8
August '81	6,0
September '81	6,5

Lohnrunde '82 mit der Forderung nach einer "Tarifrante '60" ab. Absoluter Vorrang soll die Sicherung des Reallohnkommens haben. Die "Tarifrante '60" dürfte auch nicht die Verkürzung der Arbeitszeit auf 35 Stunden in der Woche ersetzen. Die Gewerkschaft soll jedoch auf Bundestageordnung und Bundestagsabgeordnete einwirken, die flexible Altersgrenze auf 60 Jahre herabzusetzen. Erfahrungen in der Industrie haben gezeigt, daß

Um sich ausreichend auf die nächste Tarifrunde vorzubereiten, ist es für jeden Gewerkschafter notwendig, eine Bilanz der Tarifrunde '81 aufzustellen, um hieraus eine Lehre für die Zukunft zu ziehen.

Am 8. Mai erreichte die Verhandlungskommission der IG-Metall für Hessen ein Ergebnis: vom 1. April an sollen alle 4,9% mehr Lohn und Gehalt bekommen, für die ersten beiden Monate der Tariflaufzeit sollen pauschal 320,- DM ausbezahlt werden. Hiernit wurde das bereits erreichte Ergebnis von Nordwürttemberg/Nordbaden übernommen.

Ein aktueller Artikel in der Lokapresse leitete eine Diskussion zur anstehenden Tarifrunde ein. Unter der Schlagzeile "Lohnabstriche für Tarifrante" war berichtet worden, daß die hessische IGM-Führung daran denke, in der Tarifrunde zugunsten einer 90%igen Tarifrante ab dem 60.

Um sich ausreichend auf die nächste Tarifrunde vorzubereiten, ist es für jeden Gewerkschafter notwendig, eine Bilanz der Tarifrunde '81 aufzustellen, um hieraus eine Lehre für die Zukunft zu ziehen.

Am 8. Mai erreichte die Verhandlungskommission der IG-Metall für Hessen ein Ergebnis: vom 1. April an sollen alle 4,9% mehr Lohn und Gehalt bekommen, für die ersten beiden Monate der Tariflaufzeit sollen pauschal 320,- DM ausbezahlt werden. Hiernit wurde das bereits erreichte Ergebnis von Nordwürttemberg/Nordbaden übernommen.

Als positives Ergebnis gilt, daß das Lohndiktat der Unternehmer durchbrochen wurde. Gesamtmetall hatte provoziert mit der Behauptung, Lohnerhöhungen könnten nur noch im Ausmaß der Produktivitätssteigerungen stattfinden. Ein Ultimatum von 2,5 bis 3% wurde gestellt. Die Metallarbeiter reagierten darauf mit einer breiten Aktivität, wie man sie schon lange nicht mehr gesehen hat. Aber auch für die nächste Tarifrunde muß mit schwerem Widerstand aus dem Arbeitgeberlager gerechnet werden. Gedanken über eine mehmonatige Lohnpause sind dort schon laut geworden.

Eine widersprüchliche Politik der Gewerkschaftsführung hat jedoch jede Aussicht auf Erfolg zunichte gemacht. Während im

### ARTIKEL ÜBER

- SPD und Coppi..... 5,2
- FDP..... 5,2
- Wahlkommission..... 5,3
- Osternop..... 5,5
- Griechenland/Agri..... 5,6
- Kindertariff, Schichtarbeit..... 5,7
- Sterbhorn West..... 5,8

VORAN zur sozialistischen Demokratie!

Überregionale marxistische Zeitung für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaften. Erscheint seit Dezember 1973.

Abonnementpreis: 7,- DM für sechs Ausgaben  
Redaktionsanschrift: VORAN, Hammesberger Str. 75, 5630 Remscheid  
Telefon: 0 21 91 / 8 12 64  
Bankverbindung: Pac/A Essen, H.G. Öffinger, Konto Nr. 170 20 - 433  
Verantwortlicher Redakteur: Hans-Gerd Öffinger  
Druck: Gegendruck, Reulenberg 82, 4300 Essen

## Manfred Coppik und die KRISE DER SPD

Manfred Coppik ist einer der wenigen linken SPD-Abgeordneten, die nicht nur vor dem heimischen Juso, sondern auch in Bonn den Mund aufmachen. Trotz starkem Druck aus der Fraktion hat er im Sinne vieler SPD-Mitglieder an der Basis die unsoziale Spar- und Rüstungspolitik der Bundesregierung abgelehnt.

Bundesgeschäftsführer Glötz und der Parteivorstand haben auf Coppiks Offenen Brief nervös und panisch reagiert - offensichtlich, weil er darin das Ausgedrückte hat, was viele denken:

\* Die maßlose Enttäuschung vieler Arbeiter und Jugendlicher nach zwölf Jahren SPD-geführter Bundesregierung.  
\* Die Jugend findet heute kaum noch den Weg zur SPD.  
\* Besteht noch die Aussicht auf eine Veränderung der SPD?  
\* Was ist von einer neuen linken Bewegung außerhalb der SPD zu halten? Wie stehen SPD-Links zu Grünen und Alternativen, zur Friedens- und Umweltbewegung?

Viele Jusos und SPD-Mitglieder haben schon resigniert und sind ausgetreten. Vielen fehlt nur noch der letzte Anstoß.

Aber so verständlich die Empörung über die aktuelle Regierungspolitik ist - soviel anders als vor 10, 20 oder gar 50 Jahren ist die heutige Politik der SPD-Führung nicht. Denn schon seit dem 1. Weltkrieg sind in unserer Partei Kräfte am Ruder, die die kapitalistische Herrschaft aufrecht erhalten wollen.

Verändert haben sich seit der Regierungszeit Willy Brandt nur die wirtschaftlichen Umstände. Die tiefe Krise erlaubt auf kapitalistischer Grundlage keine dauerhaften Reformen mehr. Wer A (=Kapitalismus) sagt, der muß auch B (=soziale Demontage) sagen. Schmidt und Matthöfer sind da nur konsequent. Selbst ein Kanzler Brandt würde heute kaum anders reagieren.

Viele Jugendliche fühlen sich durch diese Politik abgestoßen. Hatte die SPD 1977 noch 92.000 Mitglieder unter 25 Jahren, so waren es 1980 nur noch 69.000. Wahlbedarfen in den Ländern und im Bund sind vorproportionaliert. Wird also die SPD allmählich absterben?

Eine CDU/CSU-geführte Bundesregierung würde nach dem Rezept von Thatcher und Reagan einen Frontalangriff auf die Errungenschaften der Arbeiterbewegung starten. Für viele würde die Regierungszeit unter Schmidt wie eine "gute alte Zeit" vorkommen.

Aber noch wichtiger ist die Tatsache, daß die Masse der Arbeiter eine Partei wie die SPD mit so langer Tradition und tiefer Verwurzelung nicht so einfach aufgibt. Dies vor allem dann nicht, wenn keine große und erfolgversprechende Alternative mit besserem Programm vorhanden ist.

In Portugal hat es aus Protest gegen die Politik von Soares in den letzten Jahren mindestens vier linke Abspaltungen von der Sozialistischen Partei gegeben, mit prominenten Leitbildern an der Spitze. Sie sind alle in der Bedeutungslosigkeit versunken.

In den früheren 20er Jahren führte die verhängnisvolle Politik der SPD-Führung zur Herausbildung von USPD und KPD. Beide hatten zeitweilig Millionen Arbeiter hinter sich, und doch blieb die Mehrheit der Arbeiter bis auf wenige kurze Phasen immer bei der SPD.

In Hessen und im Kreis Kieve haben in letzter Zeit ehemalige SPD-Mitglieder zur Gründung einer "USPD" aufgerufen. Ihr Programm unterscheidet sich kaum von dem der Jusos und dem der Grünen. Was rechtfertigt damit ihre eigenständige Existenz?

Gehen wir mal davon aus, in den nächsten Jahren entstünde tatsächlich eine neue linke Partei mit echter Basis in Betrieben und Gewerkschaften.

Selbst dann würden nach wie vor die meisten Arbeiter zur SPD stehen. Und ohne diese Mehrheit der Arbeiter werden wir niemals die Gesellschaft verändern können.

"Organisationsfragen" sind in erster Linie politische Fragen. SPD und Gewerkschaften sind die traditionellen Massenorganisationen der deutschen Arbeiterbewegung. In ihnen wird in den 80er Jahren der Kampf um eine sozialistische Politik und eine entschlossene Führung ausgetragen werden. Kein Sozialist sollte dabei das Feld deren überlassen, die die Arbeiterbewegung nur dazu mißbrauchen, Karriere zu machen und bequeme Pöstchen zu erobern.

## FDP - KEIN FREUND DER ARBEITER! KEN PAKT MIT DEM KAPITAL!

Bei der augenblicklichen Sparpolitik fragen sich viele SPD- und Gewerkschaftsmitglieder, was daran überhaupt noch sozialdemokratisch ist. "Wir hätten ja gerne den kleinen Mann etwas mehr geschont, aber die FDP zwingt uns eine arbeitnehmerfeindliche Politik auf. Leider sind wir auf die FDP angewiesen."

So oder ähnlich wollen uns die Abgeordneten einen Verzicht auf Lebensstandard und Sozialleistungen schmackhaft machen. Doch bei aller Angst vor einer CDU/CSU-FDP-Koalition sehen immer weniger SPD-Anhänger ein, weshalb sie diese Regierungspolitik mittragen sollen. Denn für diese von der FDP diktierte Politik für Sozialabbau und Aufrüstung haben wir keinen Wahlkampf gemacht.

In vielen Fällen verwässert die FDP selbst die bescheidensten sozialdemokratischen Reformansätze. Oft übernehmen die Gewossen in der Regierung aber auch direkt die Linie der FDP.

Die FDP-Minister bekleiden im Bundeskabinett Schlüsselpositionen. In allen entscheidenden Fragen erweisen sie sich als treue Interessensvertreter des Großkapitals.

So wurden in den letzten Jahren Massenverbrauchs-Steuern wie Mineralöl-, Tabak- und Brantweinsteuer sowie die Mehrwertsteuer erhöht - zu Lasten unseres Lebensstandards. Den Reichen hat man Abgaben erlassen und Steuern geschenkt. Ebenso wird der Soziale Wohnungsbau weiter gedrosselt.

Andererseits bekommt die "notleidene" Flick-Unternehmensgruppe ein Steuergeschenk aus dem Hause Lambsdorff in Höhe von 120 Mio. DM!

Als sich die nordrhein-westfälische SPD-Spitze bei der Landtagswahl 1980 mit einer absoluten Mehrheit ausgestattet sah, und die FDP mit knapp unter 5% aus dem Landtag rausfiel, wollte Johannes Rau weiterhin FDP-Minister ins Kabinett nehmen. Er konnte dies zwar nicht durchsetzen, aber dennoch sitzt weiterhin eine "innere" FDP mit am Kabinettsitz.

Auf dem jetzigen Kurs steuert die Parteiführung auf schwere Niederlagen zu. Sie führt so gerade das herbei, was sie immer verhindern will: eine reaktionäre CDU/CSU-Regierung - egal ob mit oder ohne FDP.

## Gewerkschaftsausschluss für Bremer Betriebsräte

### KEINE MASSNAHMEN GEGEN AKTIVE METALLER!

Wieder einmal soll kritische und unbequeme Gewerkschafts- und Betriebsarbeit mit dem Rauschmiß aus der IG Metall bestraft werden.

Im Verfahren gegen sieben Kollegen von Daimler-Benz in Bremen tagte die Untersuchungskommission am 13. November. Sie beschloß den Ausschuß der Betriebsräte Jürgen Dreiling und Claus Wessels. Über zwei weitere Betriebsräte, Hella Fischer und Hans Dieter Hillmann, wurde ein einjähriges Funktionsverbot verhängt. Die Kollegen Grosse und Renardy erhielten ein schriftliche Rüge. Beim Kollegen Akbal wurde das Verfahren eingestellt.

Die sieben Kollegen hatten ten seit 1978 an dem betrieblichen Infoblatt "IG Metall-Kollegen von Daimler informieren" mitgearbeitet. (Vgl. VORAN Nr. 52) Dieses Info hat seither viele betriebserne Mißstände offengelegt und vor allem bei den Arbeitern im Schicht- und Akkordbetrieb viel Anklang gefunden. Mit dem Ziel einer offeneren und

durchsichtigeren Betriebsarbeit waren die sieben im Rahmen einer Liste der IG Metall zur Betriebswahl im Frühjahr 1981 angetreten. Als vier von ihnen mit jeweils über tausend Stimmen in den 29-köpfigen Betriebsrat gewählt wurden, leitete die Ortsverwaltung das Verfahren ein.

Im Verlauf der achtstündigen Sitzung konnten die sieben Kollegen den Vorwurf entkräften, sie hätten die satzungsgemäße Anhebung des Mitgliederbeitrags auf ein Prozent von Bruttolohn abgelehnt. In dem umstrittenen Artikel vom Frühjahr 1979 hieß es, daß das Hauptgewicht für die Verbesserung der gewerkschaftlichen Arbeit darin gesehen werden muß, daß aktive und engagierte Vertrauensleute gewählt werden, und nicht lediglich darin, daß der Beitrag satzungsgemäß angehoben wird!

Die gemäßregelten Kollegen wollen sich mit dem Urteilspruch nicht abfinden. "Wir werden alle demokratischen Möglichkeiten ausnutzen, um unseren Aus-

schluß zu verhindern", sagte uns der Kollege Jürgen Dreiling. "Wir sind keine Gewerkschaftsfeinde. Gerade jetzt werden wir beweisen, daß wir die besseren Metaller sind."

Die Empfehlungen der Untersuchungskommission sollen nun vom IGM-Bezirk in Hamburg und schließlich vom Bundesvorstand in Frankfurt abgesegnet werden. Gerade jetzt brauchen die Kollegen von Daimler die Unterstützung aller Gewerkschaftler und Sozialisten. Dies ist nicht der erste und nicht der letzte Versuch der Gewerkschaftsführung, aktive, unbequeme und kämpferische Kritiker loszuwerden.

Verfaßt Solidaritätsschreiben an die sechs Kollegen und Protestschreiben an den IG Metall-Bundesvorstand!  
Für die Rücknahme der Maßnahmen gegen die Kollegen von Daimler-Benz!  
Alle Zuschriften an:  
Willi Eimers  
Schreiberstr. 8  
28 Bremen

## KAMPFFONDS: AUF ZUM ENDSPIURT!

Seit unserer letzten Ausgabe haben uns 1.522,96 DM erreicht. Allerdings waren bei Redaktionsschluß noch so viele Gelder "unterwegs", daß der Monat November noch nicht abgerechnet werden konnte.

Unser Dank geht u.a. an folgende Spender: Berthold Zornwicz, Aachen; 5 DM; Clara Roque, Wiesbaden; 13 DM; Ingrid Becker, 30 DM und H.G. Öffinger 200 DM. Die Sammlung auf unserem VORAN-Seminar in Hürth erbrachte 337,16 DM.

Das Ergebnis der ersten drei Quartale: 9.218,49 DM. Dies sind 74%, also knapp drei Viertel des bis dahin gesteckten Ziels von 12.500 DM.

Wir müssen euren kräftigen Endspurt einlegen, um unser 1981er Jahresziel von

15.000 DM wenigstens annähernd zu erreichen.

Gerade jetzt werden die Weihnachtsgelder und 13. Monatsgehälter ausbezahlt. Wie wäre es mit einer Weihnachtspende für VORAN?

In vielen Orten werden sogenannte Weihnachtsmärkte abgehalten. VORAN-Leser aus Hamburg haben schon mal über 600 DM durch den Verkauf von allerlei zusammengetragenen Gegenständen bei solch einem Markt erzielt. Ist dies nicht eine gute Idee, die auch anderswo nachgedacht werden kann?

Wer hat sie noch nicht: die alternativen Grußkarten? Vorderseitiger Marx-Portrait, Rückseitiger Marx-Zitat, Innenseiten Platz für alle (un-)möglichen Grüsse! Preis: 50 Pf. pro Stück (über Mengen-

Spendenkonto:  
Angela Bankert, 2422 50 - 432,  
Postfachamt Essen.

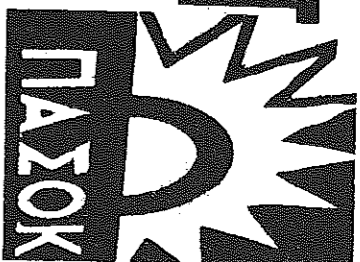






## Griechenland:

# GRÖSSE MEHRHEIT FÜR SOZIALISTEN



WAHLERGEBNISSE nach der Militärdiktatur						
Partei	1974		1977		1981	
	Sitze	%	Sitze	%	Sitze	%
Neue Demokratie (Karamanlis)	215	54,0	174	41,9	113	36,5
PASOK (A. Papandreou)	15	12,0	91	25,3	174	48,5
Zentrumsunion	57	23,0	15	12,0	0	1,9
Kommunistische Partei (Moskauorientiert)	5	7,0	11	9,3	13	11,8

Im griechischen Wahlkampf haben über eine Million Griechen Andreas Papandreou von der Panhellenischen Sozialistischen Bewegung (PASOK) zugehört und zugeljubelt. Als der großartige Wahlsieg bekannt wurde, feierten die Massen in allen griechischen Städten die ganze Nacht und den nächsten Tag über den Erfolg: zum ersten Mal in der Geschichte Griechenlands ist eine Arbeiterpartei an der Regierung.

Die Antwort der bürgerlichen Regierung hieß Steuererleichterungen und Subventionen für die Wirtschaft auf der einen Seite, Unterdrückung von Arbeitskämpfen, Verbot von Gewerkschaften und habherzige Säuberung der Staatsmaschine aus der Zeit der Militärdiktatur auf der anderen Seite.

In der griechischen Linken war die Kommunistische Partei zunächst die einzige traditionelle



Jugendliche in Athen feiern den Wahlsieg der PASOK

Die tiefe Krise des griechischen Kapitalismus und die Ausstrahlung des Sieges der Sozialisten in Frankreich führten zu diesem überwältigenden Erfolg der Linken: zusammen mit der moskauorientierten kommunistischen Partei sitzen über 60% Linke im 300 Sitze umfassenden Parlament. Das Wahlsystem, 1974 von den Kapitalisten zur Stärkung ihrer Partei "Neue Demokratie" geschaffen, begünstigt bei der Sitzverteilung (ähnlich wie in Frankreich) die stärkste Partei.

Seit dem Sturz der Militärdiktatur 1974 hat die Massenarbeitslosigkeit in den westeuropäischen Ländern Griechenland besonders hart getroffen. Sie führte zur Massenarbeitslosigkeit von 15%. Das "Sicherheitsventil", die Abwanderung der Arbeiter in die "Wirtschaftswunderländer" Westeuropas, vor allem die BRD, funktionierte nicht mehr. Der für die griechische Wirtschaft so wichtige Rückstrom ausländischer Währungen von den "Gast"-Arbeitern blieb aus. Die jährlichen Inflationsraten der vergangenen Jahre lagen über 20% (1980: ...).

Die Investitionen sind wegen der fallenden Profitrate ständig zurückgegangen. Durch den EG-Beitritt im Januar 1981 wurde der griechische Markt für die ausländische Konkurrenz geöffnet, was zu einer verstärkten Rationalisierungswelle und Betriebschließungen und zu Mißbräuchen in der Landwirtschaft führte. So mußten in diesem Jahr 80.000 Tonnen Pfirsiche, ebenso viele Äpfel und Melonen vernichtet werden. Gleichzeitig mußte Obst aus Frankreich und Italien eingeführt werden. Arbeiterpartei. Nachdem sie aber in der Vergangenheit in entschei-

den Situationen versagt und sich schließlich gespalten hatte, konnte sie nach dem Zusammenbruch der Diktatur keine führende Rolle mehr spielen.

In dieses Vakuum der Linken stieß Papandreou 1974 mit der Gründung der PASOK. Die PASOK erhielt sofort nach ihrer Gründung massenhafte Zulauf, da viele Arbeiter und Jugendliche in ihr die erhoffte Alternative sahen.

Doch sie war keine eigentliche Partei, sondern mehr eine Sammelbewegung um Papandreou. Innerparteiliche Demokratie war so gut wie nicht vorhanden. Papandreou war mehr oder weniger unumschränkter Herrscher: er schloß fast den gesamten marxistischen Flügel aus, löste ganze Ortsgruppen auf, die ihm unbequem wurden. Er setzte willkürlich Vorstände ein, und in einzelnen Fällen besetzte er sogar Parteifunktionen durch Nichtmitgliedern. Überregionale Koordinierungsorgane gab es nicht, der erste Parteitag fand erst 1977 statt.

Sein politischer Kurs war eine einzige Zick-Zack-Linie: er schwankte von radikalen sozialistischen Forderungen bis hin zur nationalistischen Kriegshetze gegen die Türkei. Dadurch enttäuschte er Tausende Mitglieder, die die Partei verließen. So schrumpfte die PASOK zeitweise auf ein Zehntel ihrer Mitgliedschaft zusammen. Doch für Millionen außerhalb der Partei, die diese direkten Erfahrungen mit Papandreou nicht gemacht haben, blieb er eine große Hoffnung.

Das Programm der PASOK sieht die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien, Mitbestimmung, Dezentralisierung und den Aufbau einer starken Gewerk-

schaftsorganisation vor. Die Forderung nach Nichtmitgliedschaft in der EG wurde in die vieldeutige "Neuregelung" der Mitgliedschaft abgeschwächt, es blieb jedoch die Drohung des Austritts.

Nur sozialistische Maßnahmen können eine Lösung der Krise herbeiführen. Wie notwendig sie sind, zeigt sich daran, daß sogar die Regierung Karamanlis (!) von 1975 bis 1977 zu starken Eingriffen in die Privatwirtschaft gezwungen war: Luftfahrtgesellschaften, Banken und Ölkonzerne wurden verstaatlicht. Dieses spiegelt die Furcht der Kapitalisten vor dem Zusammenbruch wider. Insgesamt wissen die Kapitalisten jedoch, daß sie im Moment abwarten müssen. Die Arbeiter sehen den Wahlerfolg der PASOK als ihren Sieg an und reagieren darauf mit Begeisterung und Kampfbereitschaft. Sie

Als Anwar el-Sadat im Kugelhagel starb, gerieten die Politiker in den Hauptstädten der westlichen Imperialistischen Welt in Panik.

Sadat war ein treuer Freund und Agent des kapitalistischen Westens. Seit 10 Jahren setzt er sich für die amerikanischen Interessen im Nahen Osten ein. Als Dank bekam er von den USA massive Unterstützung für sein Regime.

Warum - so fragen sich viele - hat Ägypten unter Sadat im Gegensatz zu den anderen arabischen Staaten nicht den Weg der gnadenlosen Opposition gegen Israel und den Imperialismus eingeschlagen? Ägypten ist anders als die arabischen Bruderstaaten. Es hat eine große Bevölkerung und eine relativ weit entwickelte Industrie. Die anderen arabischen Staaten mit ihrer geringen Einwohnerzahl und massiven Ölverkommen können sich noch den Luxus einer krisenfreien Existenz leisten. Ägypten kann das nicht.

### Anlehnung an den Westen

Als Nasser 1952 die feudalistische Herrschaft König Farouks zu Fall brachte, schien eine sozialistische Revolution auf der Tagesordnung zu stehen. Weil diese Revolution aber nicht bis zum Ende durchgezogen wurde, kehrte sich die ganze Entwicklung wieder um.

So brach nach dem Tode Nassers 1970 sein Nachfolger Sadat wieder alle Beziehungen zur Sowjetunion ab und schlug sich auf die Seite des Westens.

Aber die Entwicklung des Kapitalismus in einem rückständigen, halbfeudalen Land wie Ägypten bringt neue Probleme mit sich. Er kommt "zu spät" auf die Weltbühne. Deshalb ist er völlig unfähig, sich gegen den Kapli-

# ÄGYPTEN NACH SADAT

talismus der hochentwickelten Industrieländer zu behaupten.

Beweise dafür gibt es im heutigen Ägypten genug: Kairo ist eine hoffnungslos überbevölkerte 10-Millionen-Stadt; Millionen Ägypter sind arbeitslos; die Masse der Bevölkerung lebt in tieferster Not und Elend. Trotz ständiger hoher "Entwicklungshilfe" durch den Westen verschlechtert sich die Lage täglich.

### Hoffnung auf Kredite

Diese Spannungen haben einen Teil der Mittelständischen und der Intellektuellen gegen das Regime aufgebracht und den "Islamischen Fundamentalisten" in die Arme getrieben. Aber es ist unwahrscheinlich, daß Ägypten als Land mit einer großen Arbeiterklasse von einer ähnlich großen religiösen Massenbewegung wie im Iran überschwert wird.

Es bleibt noch abzuwarten, ob der neue Präsident Mubarak sein Regime für stark genug hält, um Sadats Politik fortzusetzen. Er könnte eine Atempause einlegen und die Friedensgespräche mit Israel verfallen. Das wäre ganz im Sinne der "Moslembruderschaft" und der anderen arabischen Staaten, auf deren großzügige Kredite er hofft.

Wie jede andere Regierung vor ihm wird er sich verstärkt auf die Streitkräfte stützen müssen, um sich die nötige Autorität zu verschaffen. Aber seit dem Frieden mit Israel hat die Armee eine gesellschaftliche und wirtschaftliche Herabstufung hinnehmen müssen. Die Offiziere sind verstimmt und unzufrieden.

### Probleme bleiben

Der Tod Sadats markiert einen Wendepunkt in Ägypten und könnte eine neue Periode politi-

scher Krisen und Umwälzungen einleiten. Der Versuch Mubaraks, eine Kursänderung herbeizuführen, könnte die prokapitalistischen Generäle zu einem Putsch verleiten, in der Hoffnung, eine gesellschaftliche Stabilisierung unter direkter militärischer Herrschaft herbeizuführen.

Diese Hoffnung wäre vergeblich. Die wirtschaftlichen und sozialen Probleme bleiben. Arbeitslosigkeit läßt sich nicht ins Gefängnis werfen, die Inflation verschwindet nicht auf Kommando. Die Spannungen könnten Teile des Mittelstandes zur Fahne eines sogenannten "Sozialismus" hinübertreiben... aber eines verzerrten Sozialismus wie in Äthiopien oder Libyen, der keine Arbeiterdemokratie darstellt.

Es ist fraglich, ob die Arbeiterklasse Ägyptens in den nächsten Jahren eine entscheidende Rolle spielen kann, solange sie noch keine Massenorganisationen und keine politische Führung hat. Die Arbeiter werden sicherlich weiterhin die Errungenschaften aus der Zeit der frühen Nasser-Herrschaft verteidigen. Aber ohne eine kämpferische marxistische Führung können sie nicht die Macht erringen. Ohne die Herrschaft der Arbeiter kann es keine endgültigen und grundlegenden Verbesserungen der schrecklichen Lebensbedingungen für die Masse des ägyptischen Volkes geben. Nur auf der Grundlage des wirklichen Sozialismus, der auf einer demokratischen Verwalteten und kontrollierten Planwirtschaft basiert, kann sich die Industrie voll entfalten und kann im Nahen Osten ein dauerhafter Frieden erreicht werden.

Stuart Garvie,  
SPD-Mitglied,  
Köln (Altstadt-Nord)

# KINDERARBEIT AUCH IN DER BRD

## Unternehmer missachten Schutzgesetze und finden milde Richter

Nach halbamtlichen Angaben verrichten in der BRD 300.000 Kinder und Jugendliche Arbeiten, die sie körperlich und seelisch schwer belasten. Diese Arbeiten haben nichts mit Zeugnisausstragen zu tun, sondern sind regelmäßig und von längerer Dauer. Das erinnert an die Kinderarbeit im Frühkapitalismus des 19. Jahrhunderts. Arten der Kinderarbeit sind: Akkord- und Hilfsarbeiten in Unternehmen und Handwerksbetrieben, schwere Arbeiten in der Landwirtschaft und in der Gastronomie. Dieses unter totaler Mißachtung des Jugendarbeitsschutzgesetzes und unter gesundheitgefährdenden Arbeitsbedingungen: Arbeitszeiten, Emissionen, Unfallgefahren und schwere körperliche Belastungen. Für die betroffenen Kinder und Jugendlichen gibt es zwei Gründe, sich so inhuman behandeln zu lassen:

- \* Aufbesserung des Taschengeldes - und
- \* Jagd nach einer Lehrstelle.

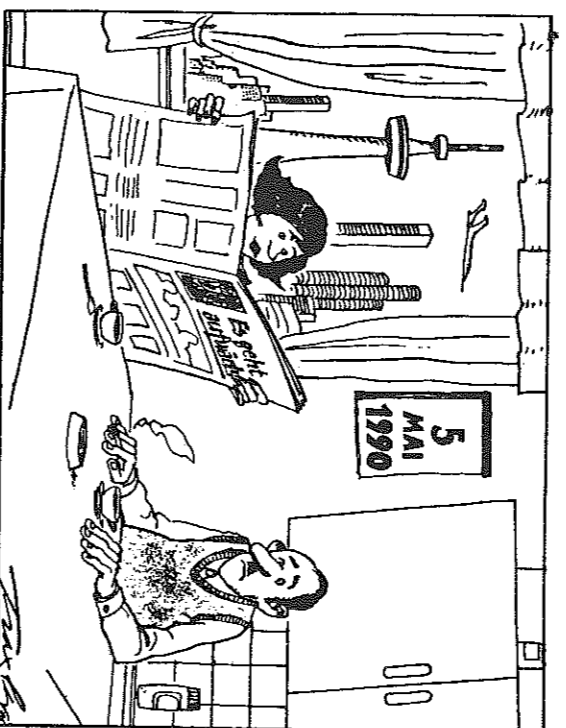
Für die Täter gibt es einen Grund: Profit. Sie machen sich die Lehrstellenknappheit zu Nutze, die sie selber zu verantworten haben. Es sind Industrieunternehmen, Ärzte, Anwälte, Landwirte und vor allem Handwerksbetriebe. Ganz zu schweigen von der Kinderarbeit für die Multis in der 3. Welt. Die Vorteile dieser Praktiken liegen auf der Hand: Es werden in der BRD dadurch 25.000 Vollarbeitsplätze eingespart. Den so entstandenen Schaden tragen die Gemeinschaft - also wir Arbeiter - und die Opfer. Man denke nur an die nicht geleisteten Sozialbeiträge und Steuern. Hinzu kommen die Schäden an den Opfern. Ein beliebter Trick ist die sogenannte Schulfellehre. Hier zwei Beispiele von aufgedeckten Fällen:

\* Ein Handwerksmeister versprach einem Jugendlichen, der ein Jahr vor seinem Hauptschulabschluß stand, eine Lehrstelle in seinem Betrieb. Dieser Schüler mußte nun dafür ein Jahr lang nach Schluß in diesem Betrieb gratis arbeiten. Dadurch

wurde er so belastet, daß er seinen Abschluß nicht schaffte. Darauf erklärte ihm der "Meister" zynisch, ohne Abschluß könne er die Lehrstelle nicht bekommen. Dank dieser unternehmerischen "Leistung" sind die Zukunftschancen des Jungen erheblich gesunken.

\* Ein Arzt versprach drei Mädchen eine Lehrstelle als Arzthelferin. Diese mußten dann zur Probe primitive Büroarbeiten tagelang ausführen. Die schnellste bekam die Stelle.

Versprechen ("Wenn du arbeitest, stelle ich dich ein") sind ja keine Verträge und nicht "kriminal". Die so erst einmal einge-



Die Industrie richtet dieses Jahr wieder 10.000 Lehrstellen neu ein. Vielleicht ist diesmal endlich eine für dich dabei, Papa!

Dies sind keine Einzelfälle; es wird unter Ausnutzung der heutigen Verhältnisse zur Methode. Es wird auf eine altbekannte Weise die Situation der Schwachen ausgenutzt. Solches geschieht mit Jugendlichen und Kindern aus der Klasse der Arbeiter und der kleinen Angestellten, nicht aber mit dem Nachwuchs des privilegierten Großbürgertums. Bedenken sollte man auch die große Zahl von arbeitslosen Jugendlichen und der Kinder unserer ausländischen Mitbürger, die in Zukunft noch größeres Potential für die kriminellen Machenschaften stellen werden. Die "Schulfellehren" werden damit gerechtfertigt, daß dort Jugendlichen Einblick in ihren späteren Beruf gegeben werden könnte. Dieses geschieht aber teilweise bei Akkordarbeit und vor allem

(BILD) wünscht lieber einen Abbau des Jugendarbeitsschutzes. Mittels ihrer Vertreter lassen die Unternehmer auch kritische Jugendsendungen, die über ihre Machenschaften berichten, abwürgen (Radiohek). Dies läßt alles unter dem Motto: "Arbeit hat noch niemandem geschadet". Die Leute, die diese Sachen alle auf dem Kerbholz haben, schreiben nun immer lauter nach weniger Staat und meinen damit ihrer Ansicht nach hemmende Gesetze. Selbst solche Gesetze, die ihre Säuerlein auch nur ansatzweise verbieten! Gleichzeitig wollen sie aber mehr Subventionen, wälzen die Sozialkosten auf die Gemeinschaft ab, lassen Gewerkschafter bespitzeln und setzen Politiker unter wirtschaftlichen Druck, um mehr Staatsaufträge zu bekommen (AKWs, Betonlandschaften, Rüstung usw.).



\* Ein verschäfftes Jugendarbeitsschutzgesetz ohne Ausnahmeregelungen. Verbot von Kinderarbeit und Schulfellehren.

\* Verstaatlichung der Berufsausbildung unter demokratischer Kontrolle der Gewerkschaften.

\* Berufsausbildung nur noch in überbetrieblichen Lehrwerkstätten.

\* Finanzierung der Ausbildung durch die Unternehmer.

Hiergegen steht der Unternehmenspruch: Endlich weniger Staat, damit ich meinen Stift statt wie bisher illegal in Zukunft legal ausbeuten kann.

Es ist schon interessant, daß in einem Staat wie der DDR, den man ja nun beim besten Willen nicht als Vorbild eines sozialistischen demokratischen Rechtsstaats bezeichnen kann, solche Sachen wie Kinderarbeit und Schulfellehren nicht vorkommen. Dafür hat der Jugendliche in der BRD das Recht, gegen diese Mißstände zu demonstrieren, und sich dabei von Polizisten für seine Akte filmen zu lassen. Tolle Alternative!

Rolf Lubbe  
Brilon

Wir sollten für die folgenden Forderungen kämpfen:

mal"-Arbeitende eingestellt sind, Theater und Konzerte sind meist vor 24.00 Uhr beendet. Kinos schließen spätestens um 1.00 Uhr, Discotheken in den frühen Morgenstunden. Der Besuch von Sportveranstaltungen ist durch Wochenendarbeit meist nicht möglich. Die aktive Teilhabe am Gruppen- und Vereinsleben wird durch die zeitlich bedingte Unregelmäßigkeit erschwert. Diese Gegebenheiten führen dazu, daß der Schichtarbeitende ein sehr begrenztes Freizeitangebot zur Verfügung hat und gezwungen ist, seine Freizeit isoliert für sich zu gestalten. Isolation greift bei Schichtarbeitern mit Familie auch auf Frau und Kinder über, die sich dem Lebensrhythmus des Partners anpassen müssen, wenn sie nicht noch mehr aneinander vorbeileben wollen.

das einseitige Unternehmerinteresse, Kosten zu sparen, gegenüber. Erstens liegen durch weniger Personal die Ausgaben niedriger und zweitens lohnt eine 24-Stunden-Produktion mehr die Ausgaben an Maschinen-, Lager- und sonstige Kosten.

Um die Situation von Schichtarbeitern entscheidend zu verbessern, müssen sie verstärkt in die gewerkschaftliche Arbeit integriert werden. Ihre Forderung nach Arbeitszeitverkürzung, Wegfall von Überstunden, mehr Neueinstellungen müssen auch von anderen Arbeitnehmern nachdrücklich unterstützt werden.

Michael Melzer,  
Schichtarbeiter,  
Mitglied der Gewerkschaft  
Nahrung, Genuß, Gaststätten

## Millionen machen Schichtarbeit

# AM LEBEN VORBEILEBEN

Unter Schichtarbeit versteht man im allgemeinen einen Arbeitstag von acht Stunden im Wechsel Früh-, Spät- und Nachtschicht, aber auch andere Zeit-einteilungen sind möglich (z.B. zwei Schichten à 12 Stunden). Hinzu kommt oft Wochenendarbeit bzw. Überstunden. Im Schichtdienst arbeiten mehr Menschen als man sich normalerweise vorstellt. In vielen Berufssparten ist dies erforderlich (Eisenverarbeitung, Bergbau, Chemie usw. aber auch in Sozialbereichen, z.B. in Krankenhäusern). Der entscheidende Grund, warum man Arbeit im Schichtdienst annimmt, ist der Mehrverdienst durch Sonderzulagen. Für diesen

relativen Mehrverdienst nimmt man jedoch Belastungen in Kauf, über die man sich vor Aufnahme der Schichtarbeit nicht im klaren ist.

Arbeitsplätze, die mit Schichtarbeitern besetzt sind, stehen oftmals in unmittelbarem Zusammenhang mit erhöhten Umweltbelastungen, wie eine neue Untersuchung der IG Chemie-Papiere-Keramik zeigt. Die drei häufigsten Faktoren, die auf den Arbeiter einwirken, sind Lärm, extreme Temperaturschwankungen, Umgang mit schädlichen Stoffen. Hinzu kommt die nervliche Mehrbelastung durch die unregelmäßige Schlafenszeit. Nicht nur die Tatsache, daß der Körper sich

an einen anderen Lebensrhythmus als den von Tag/Nacht gewöhnen muß - auch die Intensität des Schlafes ist tagsüber weitaus geringer. So ist es durch den Verkehr, arbeitende Menschen und spielende Kinder auf den Straßen oberflächlich Ruhe. Diese Mehrfachbelastung führt zu körperlichen Schäden wie Herz- und Kreislauf- oder Magen- und Darmbeschwerden und psychischen Veränderungen wie Nervosität, Geizigkeit und Unausgeglichenheit.

Ein weiteres Problem ist für den Schichtarbeiter die Freizeitgestaltung, da die üblichen Freizeitmöglichkeiten auf "nor-

Diesen ganzen Erschwerenissen des Schichtarbeiterlebens steht

# VORAN

Was sind die Hintergründe?

## KONFLIKT UM DIE STARTBAHN WEST



Die Startbahn 18 West soll den Frankfurter Rhein-Main-Flughafen, den drittgrößten in Europa, um ca. 1/3 erweitern. Das letzte zusammenhängende Waldgebiet im Ballungszentrum Rhein-Main würde mit diesem Projekt unwiderruflich zerstört. Auf einer Fläche von 10 Quadratkilometer sollen der geplanten Startbahn 3 Millionen Bäume zum Opfer fallen. Durch die dann entstehende Schneise von ca. 5 km Länge und 2 km Breite vollzöge sich ein Klimawechsel, dessen Folgen nicht absehbar sind. Durch die Rodung von 3 Millionen Bäumen entstünde ein Sauerstoffdefizit, wie es die Rhein-Main-Region nicht verkraften kann. Ferner würde das für Tausende von Menschen lebensnotwendige Naherholungsgebiet nicht nur verschwinden, sondern auch der Fluglärm, der schon jetzt in den betroffenen Regionen kaum erträglich ist, würde verdoppelt.

Der Streit um die geplante Startbahn West ist mittlerweile aber nicht länger nur eine regionale Angelegenheit. Bundespolitiker und Ministerpräsident Böhrer an seinen Rücktritt gedacht hatte.

Der Konflikt um dieses Projekt entwickelte sich im Laufe der letzten Monate zu einem Problem und mobilisierte die betroffene Bevölkerung in einem Ausmaß, wie es in der Geschichte

Hessens noch nie dagewesen ist. Wie ist es nun zu erklären, daß Landesregierung an diesem Projekt festhalten kann? Und daß schon seit über einem Jahr umfangreiche Baumaßnahmen im Gange sind? Die Gründe, die die FAG (Flughafen Aktien-Gesellschaft) und die Landesregierung angeben, sind schon mehr als einmal widerlegt worden.

1.) Die Startbahn werde langfristig mehr als 10.000 neue Arbeitsplätze bringen — so die Behauptung.

Schon jetzt werden wegen rückläufiger Flugzahlen Arbeitsplätze gekürzt. Die Startbahn bringt für die Dauer der Bauarbeiten 3.000 Arbeitsplätze. Da man Ende 1984 mit der Fertigstellung rechnet, ist dieses Argument oberflächlich und bewußt irreführend. Denn bis zum heutigen Tag sind mit der Rodung der Bäume österreichische Facharbeiter beauftragt worden. In allen kann es sich die Stadt Frankfurt leisten, Arbeitsplätze bei Adler und Hoechst wegrationalisieren zu lassen.

2.) Die Kapazität des Flughafen sei erschöpft — meinen die Befürworter.

Die Startbahn wurde schon vor zehn Jahren geplant. Damals stiegen die Zahlen von Flügen und Abfertigungen noch ständig; man rechnete mit einem Zuwachs bis Mitte der 90er Jahre. Obwohl die Zahlen seit

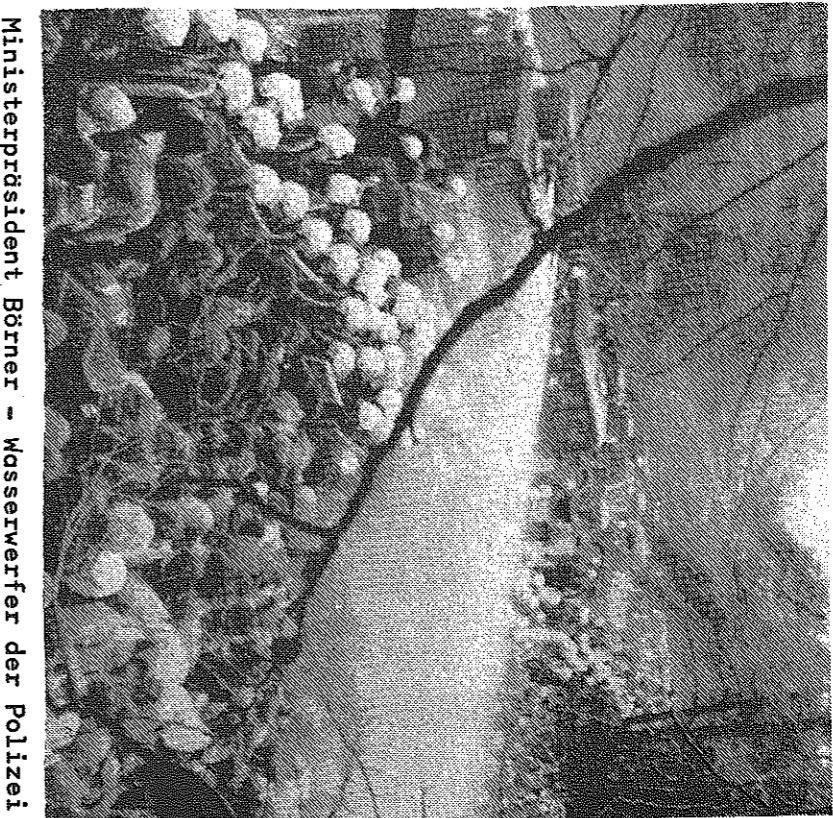
fünf Jahren rückläufig sind, wird heute stur an der Prognose von damals festgehalten. Währenddessen verkommen der nur 150 km entfernte Flughafen Köln-Bonn bei einer Auslastung von 50%.

Es muß deshalb einen weiteren Grund geben, der den Bau der Startbahn rechtfertigt. Es ist seit geraumer Zeit kein Geheimnis mehr, daß bei der Planung die Amerikaner ihre Finger im Spiel haben. Denn die geplante Startbahn soll militärisch angelegt werden, und zwar nicht mit einer (wie sonst üblich) 20 cm starken Betondecke, die auch für die schweren Kampflugzeuge der Amerikaner Start- und Landemöglichkeiten gibt.

So war es dann auch zwangsläufig, daß sich ein breiter Widerstand gegen dieses waghalsige Projekt bildete. Vor etlichen Jahren gründeten sich die Bürgerinitiativen (BI) gegen den Bau der Startbahn. Alle betroffenen Gemeinden und Regionen beteiligten sich daran. Die örtlichen Gliederungen sämtlicher (!) Parteien waren sich ausnahmsweise einig, gegen dieses Projekt zu stemmen.

In dem für den Bau vorhergesehenen Wald wurde ein Hüttenhof errichtet, welches einhalb Jahre als Symbol für den Widerstand galt. Dort wurden ständig Informationen ausgetauscht.

Schon im Herbst 1980 wurde mit der Rodung der ersten sieben



Ministerpräsident Birner — Wasserwerfer der Polizei

von 250 Hektar Wald begonnen. Nach zehn Monaten Pause setzte sich der Konflikt Anfang Oktober '81 fort. Es war der größte Polizeieinsatz, den Hessen je erlebte. Auch Polizeikräfte aus benachbarten Bundesländern (inclusive Bundesgrenzschutz) wurden hinzugebeordert. In einer großangelegten Aktion wurde der Bauplatz des im letzten Jahr gerodeten Geländes zur Untertunnelung der Okritelestraße geräumt, die zukünftig unter der neuen Startbahn verlaufen soll. Ca. 6.000 Demonstranten, die durch die von den Bürgerinitiativen organisierte Alarmkette zusammengetrommelt wurden, leisteten aktiven gewaltfreien Widerstand.

Eine Betonmauer wurde errichtet, um die Bauarbeiten abzuschirmen. Ohne vergleichbare große Aktionen verlief die Auseinandersetzung weiter bis Anfang November.

Da für die Regierung eine politische Lösung nicht mehr möglich war, versuchte man, das Projekt mit Polizeikraft durchzusetzen. Schon vor über einem Jahr

## FORTSETZUNG: LOHNRUNDE

daß in der Praxis nur breitgefürterte Flächenstreiks den gewünschten Erfolg bringen könnten. Unsere Vertreterversammlung hat schon im Juni 1981 einen Antrag verabschiedet, wohn sie sich mit der Durchführung der "neuen Beweglichkeit" nicht einverstanden erklärt. Die Kolleginnen und Kollegen waren vor allem dagegen, daß die IG-Metall sich von der Arbeitgeberseite sich ihren Kampfstil aufzwingen ließe, und das Verschleppen der Verhandlungen über vier Monate hinnehmen, ohne das Mittel des Streiks anzuwenden.

Zur Friedensfindung war der Kompromiß weiter nicht, da auch diesmal nichts geschehen ist, um

die unteren Lohngruppen überproportional anzuhoben und so die Schere zwischen niedrigen und höheren Lohngruppen zu schließen.

Auch in der Gewerkschaftsbewegung — wie in der SPD — ist eine zunehmende Entfremdung zwischen Organisationsführung und Basis bemerkbar. Die Stimme der Basis muß für die Spitze Grundlagel ihres Handelns sein! Nur durch massiven Druck der Arbeitnehmer ist dieses zu erreichen.

Denis Delaruelle  
IG Metall — Vertrauensmann  
F&G Arolsen

## Regierung gegen Bevölkerung

Der Kampf gegen die Erweiterung des Frankfurter Flughafens durch die sogenannte "Startbahn 18 West" ist mehr als nur eine Initiative (von vielen) zum Schutz der Umwelt. Man kann schon von einer regelrechten Volksbewegung sprechen, die da unter den Bewohnern des Rhein-Main-Gebiets entstanden ist. Die Landesregierung hat praktisch der gesamten Region den Kampf angesagt. Der Rückhalt und die Tragweite dieser Bewegung übertreffen bei weitem die Auseinandersetzungen um Brokdorf, Kalkar, Gorleben oder die geplante WAA in Diemelstadt.

Bei der Räumung des Bauplatzes und anschließenden Zerstörung des Hüttenhofes wurden Tranengas und Wasserwerfer eingesetzt. Wehrlose Leute wurden wahllos zusammenschlagen. Das Ergebnis: Schädelbrüche, Wirbelsäulenverletzungen, Gliederbrüche, Nierenquetschungen.

Tagelang gab es Demonstrationen, Protestaktionen, Solidaritätsstreiks. Bei Opel und in anderen Betrieben reichten Arbeiter und Angestellte massenhaft Urlaubsgesuche ein. Die Wiesbadener Demonstration vom 14.11. war mindestens schon die dritte Demo in der BRD in diesem Jahr mit weit über 100.000 Teilnehmern. Aber im Gegensatz zu Brokdorf und Bonn war es hier weitgehend eine regionale Demonstration, die so viele Menschen auf die Straße gebracht hat. Wahrscheinlich mit die höchste Mobilisierung seit Jahrzehnten.

Viele Jugendliche, Arbeiter, Hausfrauen, Rentner und kleine Selbstständige haben in den Auseinandersetzungen mit der Staatsgewalt am eigenen Leib erfahren, wem

der Staat wirklich dient. Solche hautnahen Erfahrungen vergißt man nicht. "Demokratie" hört für die Besitzenden und Herrschenden dort auf, wo die Bevölkerung ihre eigenen Interessen aktiv wahrnimmt.

Auch einfache Polizisten zweifeln. "In der Polizei gärt es", schreibt sorgenvoll das Sprachrohr des Kapitals, die Frankfurter Allgemeine Zeitung am 11.11.81: "...Wenn es so weitergeht, wird sich mit ihrem inneren Verhältnis zum Staat auch ihr äußeres Verhalten ändern. Sie wird sich beim Einsatz gegen Gewalt-Demonstrationen immer mehr zurückhalten; das kann bis zur Verweigerung gehen."

Das Verhalten der SPD-geführten Landesregierung unter Böhrer erinnert manches SPD-Mitglied an die Zeiten nach dem 1. Weltkrieg, da führende Genossen wie Noske und Ebert auf die eigenen Arbeiter schießen ließen. In den letzten Wochen hat es zahlreiche Protestausritte gegeben. Die SPD-Basis ist gegen die Startbahn West. Doch darüber hat sich Holger Böhrer bisher munter hinweggesetzt. Bei den Landtagswahlen im Herbst 1982 könnte die Quittung fällig sein. Schon bei den letzten Kommunalwahlen sind viele SPD-Stammwähler zu Hause geblieben oder haben Grüne oder ähnliche Bürgerlisten gewählt. So bereitet gerade die jetzige SPD-Führung des Weg für eine reaktionäre CDU-Landesregierung unter Dreger!

Aber aus der SPD austreten wäre der falsche Weg. Der Kampf um eine entschlossene Parteilührung, die ihrer Basis verpflichtet ist, hat gerade erst begonnen.

## ABONNIERT VORAN

Ich möchte VORAN abonnieren...

und habe 7,- DM auf das Postcheckkonto Hans-Gerd Otinger, PochA Essen 170 20-433 überwiesen. (Aboppreis für sechs Ausgaben). Lieferung ab Nr. 55 erfolgt nach Zahlungseingang.

Name:

Adresse:

Redaktion "Vorran" 563 Renscheid, Hammesbergerstr. 75